Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamentzeile 250.— Mark, bei lokalen Anzeigen 200.— Mk., Reklamezeile 800.— Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 18000 Mk., durch die Post laut Zeitungspreisliste. Falls wir in der Herausgabe od. Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schudeis, Kamen.

Nummer 162 | Montag, den 16. Juli 1923 | 51. Jahrgang

Poincarés Antwort an Baldwin.

Zehntägige Verlängerung der Verkehrssperre. — Reichskanzler Cuno an das amerikanische Volk.

Cuno wendet sich an das amerikanische Volk.

MTB Berlin, 16. Juli. (Drahtb.) Reichskanzler Dr. Cuno wendete sich in einer an den Schiffahrtspräsidenten Harrimann gerichteten Botschaft an das amerikanische Volk und spricht darin die Hoffnung aus, daß die Völker von Amerika und Deutschland sich zu wechselseitigen wirtschaftlichen Arbeiten zusammenschließen. Ein Anlaß zu der Botschaft bildet die morgen erfolgende Ankunft des neuen Dampfers „Albert Ballin".

Die Verkehrssperre um 10 Tage verlängert.

♧ Münster, 16. Juli. Auf Veranlassung des Generals Degoutte ist die Verkehrssperre um 10 Tage, also bis zum 26. Juli, verlängert worden.

Ein Grund für diese Maßnahme wird nicht angegeben. Ob sich auch England an der Verlängerung der Verkehrssperre beteiligt, ist noch nicht bekannt.

Die britische Antwort.

Amerika und Baldwin.

Durchweg günstige Presseurteile.

○ Berlin, 15. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird, besagt eine offizielle Erklärung der amerikanischen Regierung, die Regierung könne, da sie von britischen offiziellen Persönlichkeiten bezüglich der geplanten britischen Antwort an Deutschland nicht befragt worden sei, sich auch nicht zu der Erklärung des britischen Premierministers äußern. Die amerikanischen Blätter besprechen jedoch die Erklärung Baldwins durchweg im günstigen Sinne. „Newyork Herald" meint, die Beurteilung der Ruhrangelegenheit in der Erklärung sei im Geiste eines wirklichen Geschäftsmannes gehalten. „Newyork World" sagt voraus, die Wirkung der Baldwinrede werde groß sein und immer größer werden.

+ London, 15. Juli. Das Reutersche Bureau meldet: In amtlichen britischen Kreisen wird über die Natur der britischen Antwort auf die deutsche Denkschrift, deren Fertigstellung bis zum 19. Juli zu erwarten ist, weiter vollständige Zurückhaltung geübt, aber es kann als sicher angenommen werden, daß die britische Antwort den Vorschlag enthalten wird, eine internationale Kommission einzusetzen, die Deutschlands Fähigkeit zu Entschädigungszahlungen bestimmen soll. Möglicherweise wird auch die Frage der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet berührt werden.

„Daily Telegraph" mutmaßt, die englische Note werde zwei Hauptpunkte enthalten; erstens: Die deutsche Anregung des Zusammentrittes einer internationalen Sachverständigungkommission müsse, um die juristischen Einwände Frankreichs aus der Welt zu schaffen, in Zusammenhang mit der Reparationskommission gebracht werden. Von der Zuziehung eines deutschen Sachverständigen könne selbstverständlich keine Rede sein. Zweitens: Die deutsche Anregung über die Garantien und die Zahlungsmodalitäten müßten gutgeheißen und als angemessen betrachtet werden.

Baldwin setzt eine Frist.

□ London, 15. Juli. Baldwin scheint eine günstige Beurteilung in Brüssel, Rom und Washington gefunden zu haben, während Paris sich bemüht, seine wahren Gefühle zu verbergen in der Hoffnung, Baldwin in längere Verhandlungen verstricken zu können. Hier erwartet man, Baldwin werde diese Absicht dadurch durchkreuzen, daß er für die Antwort auf seinen Antwortentwurf irgendeine Zeitgrenze festsetze.

Die Lage im Einbruchsgebiet.

Münster, 15. Juli. In Bohwinkel wurde am Samstag nachmittag der Kaufmann Blumenthal aus Düsseldorf von einem französischen Posten angeschossen und so schwer verletzt, daß er bald darauf in einem Hospital Elberfelds verstarb.

Sofort gerächt.

+ Essen-West, 15. Juli. Ueber das Vorspiel zu der bekannten Straßensperre in der Umgebung des Bahnhofs Essen-West wird von einem Augenzeugen berichtet: Ein Franzose hatte sich der Frau eines Arbeiters unauffällig in übler Absicht genähert. Der Mann der Frau rächte die Anmaßung auf der Stelle, indem er mit offenem Messer auf den Franzosen eindrang und den Täter tötete. Einem zu Hilfe gekommenen Kameraden des so umgehend Bestraften erging es sehr übel. Der Deutsche wurde durch seinen Arbeitskollegen unterstützt. Beide sind entkommen. Dagegen haben die Franzosen bis Donnerstag 15 Zeugen des Vorganges festgenommen.

Wieder drei Todesurteile.

Die Blutjustiz des belgischen Kriegsgerichts.

Paris, 14. Juli. (Drahtb.)

Nach einer Havas-Meldung aus Aachen hat das Kriegsgericht in Aachen drei Deutsche, die in der Meldung ohne nähere Angaben als Saboteure bezeichnet werden, zum Tode verurteilt. Ihre Namen sind Graf Keller, Ludwig Schultz und Plingender. Ein vierter Angeklagter namens Lorbeer ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

An hiesiger amtlicher Stelle liegen Nachrichten über diese neuen Bluturteile und über die den Verurteilten zur Last gelegten Handlungen nicht vor. So wenig wie in den früheren Fällen steht aber auch diesmal, wie von vornherein betont werden muß, den fremden Militärgerichten bei ihrer angemaßten Tätigkeit Recht und Gesetz zur Seite. Die Warnungen vor einer Ueberspannung des Bogens haben die Organe der Einbruchsmächte erneut in den Wind geschlagen. Sie legen es ersichtlich darauf an, daß ihre Maßregeln zu noch stärkerer Erbitterung der bedrückten Bevölkerung führen. Auch diese neuen Bluturteile — 12 Deutsche sind nunmehr von den fremden Kriegsgerichten als dem Henker verfallen erklärt worden — gehören zu dem kaltblütig durchgeführten System, durch das die Bevölkerung endgültig in ihrem Widerstand zerbrochen werden soll, bevor eine Lösung des Konfliktes herbeigeführt werden kann. Die Bevölkerung ist darauf vorbereitet, daß gerade in der nächsten Zeit durch verstärkte Drangsalierung die politischen Ziele der französischen Regierung erzwungen werden sollen. Sie wird auch diesen Versuchen gegenüber ihre alte und jetzt doppelt wirksame Standhaftigkeit beweisen und sich auch durch gehäufte Terrorakte nicht von ihrem heldenhaften Widerstand abbringen lassen.

Eine Falschmeldung.

× Münster, 16. Juli.

Bekanntlich wurden vor einiger Zeit in Hamborn anläßlich der Erschießung des belgischen Oberleutnants Graff mehrere Deutsche von den Einbruchstruppen als angebliche Täter verhaftet, die von dem belgischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt sind. Bei dem Bekanntwerden dieser Urteile meldeten sich in Stettin die wirklichen Täter, drei deutsche Schutzpolizeibeamte. In einem Teil der deutschen Presse vom 15. ds. Mts. werden Artikel veröffentlicht, nach denen die drei deutschen Schutzpolizeibeamten am Freitag vormittag von den deutschen Behörden über Wesel den Belgiern zur Aburteilung und wahrscheinlichen Tötung ausgeliefert worden seien. In Wesel sei es dieserhalb zu großen Ansammlungen der erregten deutschen Bevölkerung gekommen. Deutschen Schutzpolizeibeamten aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet sei von den deutschen Behörden untersagt worden, in Wesel den drei Kameraden noch ein letztes Lebewohl mit auf den Weg zu geben, bevor die deutsche Behörde sie dem Landesfeind auslieferte.

Dagegen ist amtlich festgestellt worden: Es handelt sich nicht um eine Auslieferung der Täter an die Belgier seitens irgendwelcher deutscher Behörden, sondern um eine freiwillige Fahrt der drei deutschen Beamten, die sich in Stettin gestellt hatten, um ihre in Aachen unschuldig verurteilten deutschen Standesgenossen vor der sicher zu erwartenden Hinrichtung durch die Belgier zu retten. Sie wollen als Zeugen an der Berufungsverhandlung teilnehmen, nachdem ihnen von den Belgiern freies Geleit zugesprochen worden ist. Nach allgemeinem Volksrecht kann eine Aburteilung dieser drei Schupobeamten seitens des belgischen Gerichts nicht in Frage kommen. Eine Bestrafung wäre Sache der deutschen Gerichte. Eine Auslieferung der Täter an eine auswärtige Macht steht zudem im schärfsten Widerspruch mit den Grundbestimmungen der Reichsverfassung und würde politischen Selbstmord bedeuten. Die Meldung von großen Menschenansammlungen anläßlich des Aufenthalts der deutschen Schupobeamten ist stark übertrieben. Die Schupobeamten hatten Gelegenheit, sich von ihren Kollegen in Wesel zu verabschieden. Die in einer Zeitung von Münster weiter ausgesprochene Vermutung, der Abtransport des seit einiger Zeit hier in Untersuchungshaft befindlichen Staatsangehörigen Jachstein aus Buer, durch die deutschen Behörden ist hinfällig. Jachstein befindet sich nach wie vor in Schutzhaft der deutschen Behörden.

Ein Klagelied Poincarés.

Paris, 16. Juli 1923.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Departement Oise hielt Ministerpräsident Poincaré anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Senlis eine Rede, die als eine Antwort auf die englische Regierungserklärung angesehen wird und der der halbamtliche „Temps" eine politische Bedeutung beimißt. Poincaré kam in seinen Ausführungen wiederum, wie stets bei derartigen Veranlassungen, auf die deutschen Provozierungen und „Alte der Barbarei des deutschen Heeres" zu sprechen. Er fuhr dann fort:

„Ich bilde mir ein, daß Frankreich an dem Siege der Alliierten nicht unbeteiligt ist. Es hat allein den Ansturm des deutschen Heeres ertragen. Auf seinem Boden haben die meisten größeren militärischen Operationen stattgefunden, keines seiner Departements ist unbesetzt geblieben. Um den gemeinsamen Sieg sicher zu stellen, war Frankreich genötigt, in England und den Vereinigten Staaten bedeutende Schulden zu machen, um Munition und Lebensmittel zu kaufen. In den vier Jahren ist Frankreich viel stärker mitgenommen worden, als jedes andere Land der Welt. Was hat es erlangt und was hat es erreicht? Territoriale Entschädigungen? Keineswegs! Während befreundete Nationen ihre Grenzen erweitert haben, haben wir einfach nur das wieder erlangt, was der Friedensvertrag von Frankfurt uns durch Gewalt entrissen hatte. Elsaß-Lothringen ist nicht einmal innerhalb der Grenzen von 1814 zurückerstattet worden. Wie hat man uns unsere Zurückhaltung und Mäßigung gelohnt? Auch die Nationen, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, haben sich durch Deutschlands Ausruf: „Das kriegerische Frankreich, das imperialistische Frankreich" usw. beeinflussen lassen. So bedeutungslos auch diese Anklagen sind, einst werden sie vor der Wahrheit zerschellen.

Unsere Absichten sind heute die gleichen wie gestern. Wir verlangen keinen Zoll fremden Bodens. Wir wollen nur, daß ein auch von anderen Nationen unterzeichneter Friedensvertrag bereits nach vier Jahren nicht als reif für ein archäologisches Museum betrachtet wird. Es scheint, daß wir damit zuviel verlangen, denn einige unserer Freunde sind der Meinung, der Vertrag gehöre der Geschichte an, die Welt habe sich gewandelt, Europa sei krank. Man müsse es zuerst wieder aufrichten, und um es aufzurichten, sei es vor allem notwendig, daß man den Sturz Deutschlands verhindere. Frankreich solle ihm im gemeinsamen Interesse Konzessionen machen. Nach dem Kriege, behauptete Poincaré, habe Frankreich nicht aufgehört, dies zu tun. Es sei unbegründet, Frankreich als egoistisch zu bezeichnen, als ein Land, dem das Heil Europas gleichgültig sei. Frankreich habe nichts von seiner angeborenen Gerechtigkeit verloren, von seinem alten Glauben an die Ideale und von seiner selbstlosen Liebe zur Menschheit.

Frankreich habe keineswegs den Wunsch, daß Deutschland zusammenbreche, weil ein Gläubiger den Zusammenbruch seines Schuldners nicht wünschen könne, besonders wenn dieser Schuldner, wie Deutschland, in der Lage sei, sich rasch wieder emporzuarbeiten. Es sei nicht französisch, sich auf einen besiegten Teil zu stürzen.

Poincaré erklärte alsdann, daß der Vertrag von Versailles Frankreich Sicherheiten und Reparationen versprochen habe. Frankreich habe sie infolge des nicht ratifizierten Schutzpaktes, der keinerlei militärischen Wert gehabt habe, nicht erlangt. Auch bezüglich der Reparationen sei Frankreich nicht besser behandelt worden. In der Reparationskommission habe Frankreich die Mehrheit. Man habe seit vier Jahren versucht, diese Kommission zu beseitigen. Die Reparationskommission habe die Schulden festgesetzt. Man habe sich gezeigt, als wolle man diese Feststellung achten. Aber in einer Sitzung des Obersten Rates habe Frankreich einen Teil dieses Rechtes aufgeben müssen. Frankreich sei dem festgesetzten Zahlungsplan ergeben. Auch habe man Frankreich vorgeworfen, daß es Deutschland nicht schone und daß es seinen Zusammenbruch, unter dem auch alle anderen Völker leiden würden, verursachen wolle. Sei Deutschland in den letzten drei Jahren nicht geschont worden? Habe man ihm nicht die Nichterfüllung aller seiner Verpflichtungen zugestanden? sodaß Frankreich 100 Milliarden für den Wiederaufbau bezahlen mußte, die eigentlich Deutschland hätte bezahlen müssen. Habe man nicht geduldet, daß Deutschland seine Handelsflotte wieder aufrichtete, seine Wasserstraßen und seine Eisenbahnwege ausbaute, daß seine Großindustrie auf Kosten seiner Gläubiger sich aufrichtete? An dem geschlossenen Willen aller Alliierten würde zweifellos dieser fortgesetzte schlechte Willen gebrochen worden sein. Aber Deutschland habe auf die Meinungsverschiedenheiten spekuliert. Es habe alles getan, um sich zu weigern und habe sich ermutigt geglaubt, so daß Frankreich keinen anderen Ausweg gesehen habe, als zum Zwang zu greifen, und Pfänder zu nehmen.

Wenn alle Alliierten gemeinsam die notwendigen Maßnahmen ergriffen hätten, hätte man alle Ursache gehabt, anzunehmen, daß Deutschland sich gebeugt hätte. Frankreich habe aber nur auf die positive Unterstützung Belgiens und die teilweise Mitarbeit Italiens gestützt handeln können. Anstatt die Ausbeutung der Pfänder zu ermöglichen, habe Deutschland den Widerstand organisiert und Frankreich dadurch gezwungen, den Druck zu verschärfen. Somit sei Frankreich nicht für das Unbehagen verantwortlich, das sich daraus ergebe.

Poincaré fragte: Was wäre geschehen, wenn **man mit verschränkten Armen zugeschaut hätte?**

Was wird England tun?

]*[Die Erklärungen Baldwins lassen nicht klar erkennen, was er nun zu tun beabsichtigt. Baldwin sprach davon, daß England die Initiative bei der Erteilung der Antwort auf das deutsche Memorandum ergreifen werde. Aber diese englische Antwort soll zunächst nur Entwurf bleiben und den übrigen Alliierten möglichst bald zur Erwägung und Rückäußerung unterbreitet werden. Baldwin gibt sich, obwohl er wissen muß, daß Frankreich das deutsche Memorandum, so lange der deutsche passive Widerstand fortdauert, überhaupt nicht beantworten möchte, der Hoffnung hin, daß er mit den Alliierten in bezug auf Form und Inhalt der Antwortnote zu einer Einigung kommen werde. Zwischen ihm und den Alliierten bestände in grundsätzlicher Beziehung nicht sehr viel Trennendes.

Andeutungen über den Inhalt seines Antwortentwurfes hat der englische Ministerpräsident nicht gegeben. So sind wir auf Tastversuche angewiesen. Viel hörte man in letzter Zeit von der wachsenden Zustimmung, der sich der auch von Deutschland begrüßte Plan des amerikanischen Staatssekretärs Hughes in Italien und in England erfreuen soll. Auch der Papst hat sich ja in seiner Kundgebung für den Gedanken eines neutralen Schiedsgerichts zur Entscheidung über die deutsche Zahlungsfähigkeit erwärmt. Ein solches neutrales Schiedsgericht aber wird von Frankreich mit der Begründung abgelehnt, daß es die Aufgabe der Reparationskommission sei, die deutsche Zahlungsfähigkeit festzustellen und die deutschen Reparationsverpflichtungen zu begrenzen. Nun besitzt aber Amerika kein offizielles Mitglied in der Reparationskommission. Und Amerika könnte noch einigermaßen als neutraler Beurteiler der deutschen Leistungsfähigkeit in Frage kommen, weil seine Reparationsforderungen an Deutschland in kaum einem Verhältnis zu den Forderungen Englands und Frankreichs stehen. Diese werden als die Hauptgläubiger Deutschlands kaum das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit objektiv und gerecht bestimmen können.

Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Baldwin vorschlagen wird, die Reparationskommission möge die ihr zu schwierige Frage der Reparationen dem Völkerbund selbst zur endgültigen Entscheidung überweisen. In ausschlaggebenden politischen Kreisen Englands ist das Bestreben lebhaft geworden, den Genfer Völkerbund zu größerem Ansehen zu bringen und zu einem wirklichen Instrument der Friedenserhaltung zu machen. Das zeigt die Aufnahme des energischsten englischen Völkerbundfreundes, Lord Cecil, ins Kabinett, das beweist die verhältnismäßig starke Initiative, welche die englische Regierung in der Saarfrage entwickelt hat. Die Rede Lord Baldwins soll aus dem Grunde bis zum Donnerstag aufgeschoben worden sein, weil man die Rückkehr Lord Cecils von der Tagung des Genfer Völkerbundrates abwarten wollte. Man glaubt, daß Lord Cecil manche wichtige Mitteilungen von dortigen internen Besprechungen über das Reparationsproblem und die Stellung der Völkerbundratsmitglieder mit nach Hause bringen werde. Zu alledem kommt aber auch noch ein besonders wichtiger Umstand für England, daß ist die Rüstungsfrage, hinzu. Die englische Regierung hat sich gezwungen gesehen, gegenüber dem unbändigen französischen Militarismus Gegenmaßnahmen zu ergreifen und dem Unter- und Oberhaus eine neue Luftflottenvorlage zu unterbreiten. Beide Häuser anerkennen die englische Notlage in dieser Frage und die Berechtigung der Vorlage. Sie haben aber auch das Wort des die Vorlage begründenden Ministerpräsidenten unterstrichen, daß mit dem Wettrüsten keine Kriegsgefahr gebannt werden könne. In der Debatte ist wiederholt der Vorschlag aufgetaucht, sich mit Frankreich über die Abrüstung zu verständigen oder durch den Völkerbund dem Wettrüsten ein Ende zu setzen. Man sieht, weshalb England daran liegt und liegen muß, dem Völkerbunde ein größeres moralisches Ansehen und eine stärkere übernationale Autorität zu verschaffen.

Aus allen den genannten Gründen dürfte es sehr wahrscheinlich sein, daß demnächst der Völkerbund bei der Lösung der Reparationsfrage eine wichtige Rolle spielen wird. Es ist allerdings zu bedenken, daß, je mehr das englische Interesse am Völkerbund wächst, nämlich in der Absicht, ein Gegengewicht gegen den französischen Militarismus zu schaffen, umso mehr auf der anderen Seite wahrscheinlich das französische Interesse am Völkerbund abnehmen wird. Poincaré gibt sich höchstwahrscheinlich schon heute der Hoffnung hin, den Völkerbund durch ein enges Zusammenwirken Frankreichs mit der kleinen Entente hinreichend ersetzen zu können.

So viel bisher zu hören ist, liegen an Berliner amtlichen Stellen noch keine Mitteilungen vor, daß England bei der Lösung der Reparationsfrage auf den Völkerbund zurückgreifen möchte. Doch haben sich die Reichstagsparteien noch vor den Ferien in vertraulichen Sitzungen mit einer solchen Möglichkeit befaßt.

Bilde man sich wirklich ein, daß die Schwäche Frankreichs das Wunder bewirkt hätte, dem Deutschen Reiche klar zu machen und es zu veranlassen, seine Finanzen zu sanieren, seine Mark zu stabilisieren und so im Herzen Europas einen Herd wirtschaftlichen Zusammenbruches zu vermeiden? Wenn Frankreich nicht in das Ruhrgebiet einmarschiert wäre, wäre Deutschland trotzdem dem Abgrund entgegen gegangen, aber Frankreich hätte dem mit leeren Armen zugeschaut, während es heute ein Pfand in der Hand halte, das es ihm erlaube, sich eventuell bezahlt zu machen. Dieser Entschluß sei Frankreich durch sein Landesinteresse aufgezwungen worden.

Er, Poincaré könne sich rühmen, stets ein treuer Anhänger der französisch-britischen Allianz gewesen zu sein. Vor dem Kriege, in einer Zeit, in der es in Frankreich einige Männer gegeben hätte, die mehr oder weniger offen eine Politik der Annäherung Frankreichs an Deutschland predigten auf die Gefahr hin, daß der Friedensvertrag von Frankfurt und die endgültige Aufgabe von Elsaß-Lothringen anerkannt worden wäre, habe er stets im Gegenteil einzig die Gemeinschaft der beiden freien großen Nationen Westeuropas empfohlen. Auf sein Verlangen und unter seinem Ministerium seien 1912 Briefe zwischen Paul Cambon und Sir Edward Grey ausgetauscht worden, die die Entente verstärkten und die Allianz vorbereiteten. Mit seinen Dokumenten, die er mit den Verbündeten 1913 und 1914 ausgetauscht habe, sei dasselbe realisiert worden, dem er leidenschaftlich ergeben sei. Niemand könne also mehr als er bedrückt sein, wenn die Allianz zerstört werden sollte, an deren Aufrichtung er mitgearbeitet habe. Aber diese Freundschaft habe er so aufgefaßt, daß sie den beiden Völkern die Unabhängigkeit ihrer Meinungen und die Freiheit ihrer Sprache lasse, daß sie dazu bestimmt sein solle, ihre gegenseitigen Interessen auszugleichen, daß sie nicht dazu dienen könne, die Interessen des einen oder des anderen Teiles zu ignorieren. Er habe Unterstützung zu finden geglaubt in dem fortgesetzten Bemühen um eine gegenseitige Verständigungund um gegenseitigen Respekt für die Gerechtigkeit. Frankreich wisse, daß seine Verbündeten ehrenhaft seien wie Frankreich, und deshalb sei es sicher, daß sie schließlich, von den Tatsachen überzeugt, Frankreich recht geben werden.

Poincaré schloß, indem er sagte: Wenn man die Einhaltung desFriedensvertrages, wenn man die Entwickelung zum Frieden in Frankreich stärken will, dann darf man auch nicht das neue Statut in Mitteleuropa zerstören und die Freunde in der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien nicht bedrohen lassen. Dadurch, daß Frankreich sein Recht verteidigt, verteidigt es auch die Rechte seiner Alliierten.

Wenn Frankreich die Bedingungen des Friedensvertrags aufrecht erhält, hält es den Frieden selbst aufrecht und arbeitet nur für die Menschheit.

*

Der Pariser Korrespondent des „New-York Herald" hat gestern mit einer Persönlichkeit aus Poincarés Umgebung gesprochen. Dieser Diplomat soll erklärt haben, daß der Ministerpräsident nichts machen könne, bevor nicht eine deutsche Erklärung über die Aufgabe des passiven Widerstandes vorliege. Wenn in dem englischen Entwurf die Zustimmung zu dieser französischen Forderung enthalten wäre, dann wären die weiteren Verhandlungen nicht aussichtslos. Poincaré sei in diesem Falle „geneigt", Zugeständnisse für die Abänderung der Besetzung und sogar für die Regelung der Kriegsschulden unter den Alliierten zu machen. Er werde in der Lage sein, einen großen Teil der Besatzungstruppen abzuberufen, aber erst wenn Deutschland kapituliere.

Hilfeschreie aus Duisburg.

Unbeschreibliche Leiden.

Berlin, 14. Juli. Die Ortsvorstände der christlichen, freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in Duisburg haben an den Kommandierenden General der belgischen Besatzungstruppen ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Wir erlauben uns erneut, an Sie mit der Bitte heranzutreten, die durch die von Ihnen erlassenen Verordnungen hervorgerufenen unbeschreiblichen Leiden der arbeitenden Bevölkerung abzustellen. Durch die Beschränkung des Verkehrs haben tausende von Arbeitern und Angestellten bei der großen Hitze große Wegestrecken zu laufen. Ohnmachtsanfälle, Hitzschläge usw. kommen häufig vor. Ferner wirkt das befohlene Schließen der Fenster während der Sperrzeit bei der gegenwärtigen Temperatur geradezu verheerend; insbesondere werden viele Kinder und alte Leute krank, weil ihnen die Zufuhr frischer Luft völlig abgeschnitten ist. Wir richten ferner an Sie, Herr General, die Bitte, daß von den Soldaten auf den Brücken die Vorschriften innegehalten werden. Es ist unmenschlich, wenn junge Soldaten alte, ergraute Personen mit Kolbenstößen bearbeiten. Eine der furchtbarsten Erscheinungen ist das Schicksal der werdenden Mütter. Viele Frauen, die ihrer schweren Stunde entgegensehen, fühlen mit Schrecken, daß sie sterben müssen, weil die Geburtshilfe nachts nicht erreicht werden kann. Tausende der arbeitenden Menschen erleiden unschuldig fürchterliche Qualen, die in der Geschichte noch nicht zu verzeichnen sind. Diese Behandlung erzeugt eine Atmosphäre in der Bevölkerung, die verhängnisvoll wirken muß. Als Vertreter der Arbeiterschaft halten wir uns verpflichtet, Sie auf diese Zustände aufmerksam zu machen, ehe es zu spät ist und der Haß der Völker jede Verständigung unmöglich macht.

Der Abwehrkampf der Eisenbahner

Berlin, 14. Juli. Halbamtlich wird mitgeteilt: Bei dem Kommissar des Reichskanzlers für Rhein und Ruhr sind Klagen von Eisenbahnerorganisationen eingelaufen, die ihn darauf aufmerksam machen, daß im Gegensatz zu der entschlossenen und unabänderlichen Abwehr der Eisenbahner andere Bevölkerungskreise nicht so entschieden in der Zurückweisung der französischen Anordnungen und Aufträge seien. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß sie entschlossen sind, unter Umständen selbst gegen die Anweisung ihrer Vorgesetzten den passiven Widerstand gegen die französische und belgische Besatzung aufrechtzuerhalten; sie müßten aber die Regierung bitten, auch solche Beamten- und Bevölkerungsgruppen zum Aushalten zu ermahnen, die durch Nachgiebigkeit gegenüber der fremden Besatzung in den ausgewiesenen und bestraften Eisenbahnern den bitteren Eindruck erwecken könnten, daß ihre Opfer umsonst gebracht seien, und daß ihre Volksgenossen kein volles Verständnis für den Abwehrkampf der Eisenbahner hätten. Der Kommissar des Reichskanzlers hat gegenüber diesen Ausführungen darauf hingewiesen, daß er bereits durch Rundschreiben vom 26. Juni an die Regierungen der Länder über die Abwehr der französischen Eisenbahnregie zu diesen Anregungen Stellung genommen habe. Nicht nur aus den Kreisen der Eisenbahner, sondern aus allen Bevölkerungsschichten sei ihm nahegelegt worden, den passiven Widerstand der Eisenbahner auch durch Anordnung der Regierung zu unterstützen. Er habe erklärt, daß es die unumgängliche Pflicht aller Beamten des Reichs, der Länder und der Kommunen sei, alles zu unterlassen, was ein Zusammenarbeiten mit der französisch-belgischen Eisenbahnregie bedeuten könne. Die Reichsregierung sei gewillt, den tapferen Kampf der Eisenbahner mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Gegen Beamte, die mit der Regie zusammenarbeiten, sei in der schärfsten Weise vorzugehen. Der Kommissar erklärte, die deutsche Regierung wisse ebenso gut wie auch die Besatzung, daß gerade die bewundernswerte Standhaftigkeit der deutschen Eisenbahner der wesentlichste Punkt des deutschen Widerstandes sei. Die Besatzung suche gerade in diesen Tagen mit den barbarischsten Mitteln den Widerstand der Eisenbahner zu beseitigen. Die Eisenbahner könnten gewiß sein, daß die Reichsregierung nichts unterlassen werde, um den freiwillig von den Eisenbahnern als Opfer für das Vaterland geführten Kampf mit allen Kräften zu unterstützen.

*

Französische Deserteure.

(-) **Mülheim (Ruhr), 15. Juli.** Aus dem etwa 200 Mann starken Besatzungskommando des Bahnhofs Heißen sind in den letzten acht Tagen nach eigener Aussage der Franzosen 6 Mann desertiert.

Eine neue Havaslüge.

> **Bohwinkel, 14. Juli.** Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sollen hier 60 Milliarden beschlagnahmt worden sein, die angeblich von Privatpersonen von Berlin nach Köln geschickt werden sollten. Den örtlichen Behörden ist von einer solchen Beschlagnahme nichts bekannt; scheinbar hat Havas die Milliardenbeute glatt erfunden. — In Barmen ist den Franzosen ebenfalls nichts in die Hände gefallen.

Reichsbankdirektor Dr. Kruslus wieder freigelassen.

+ **Barmen, 16. Juli** Reichsbankdirektor Dr. Kruslus, der bei dem französischen Vorstoß am Freitag festgenommen und mitgeschleppt worden war, ist heute wieder freigelassen worden.

Ein Merkblatt für Steuerzahler

* **Berlin, 14. Juli.** Die folgenden Richtlinien werden von zuständiger Stelle verbreitet:

Was ist demnächst an Einkommensteuer- und Körperschaftssteuervorauszahlungen zu entrichten? Die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer bemessen sich grundsätzlich nach dem Einkommen des Vorjahres. Bei steigender Geldentwertung decken sie die Steuer des laufenden Jahres nicht mehr. Daher sind sie durch das Gesetz vom 9. Juli erheblich erhöht worden.

I. Einkommensteuer.

a) Zum 15. August 1923 ist die Vorauszahlung wie folgt zu berechnen: Die auf das Jahr 1922 entfallende Gesamteinkommensteuer ist durch 4 zu teilen und mit 25 zu vervielfachen. Beispiel: Die Einkommensteuer für 1922 beträgt 500 000 M. Dann ist an Vorauszahlung 500 000 × 25 g.. t durch 4 = 3 125 000 M zu zahlen.

b) Steuerpflichtige, die ihrer Einkommenberechnung einen Abschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde gelegt haben, haben das Hundertfache des vierten Teils der Einkommensteuer für 1922, das ist das Fünfundzwanzigfache der auf das Jahr 1922 entfallenden Gesamteinkommensteuer zu entrichten. Beispiel: A. hat sein Geschäftsjahr am 30. April 1922 abgeschlossen. Als Einkommensteuer für 1922 sind 50 000 M festgestellt. Die Vorauszahlung beträgt 50 000 × 100 geteilt durch 4 = 1 250 000 M.

c) Ist der Steuerbescheid für 1922 bis zum 15. August 1923 noch nicht zugestellt, so ist von der nach der Einkommensteuererklärung sich ergebenden Steuer auszugehen und der sich danach als Vorauszahlung ergebende Vierteljahrsbetrag mit 25, bei Abschluß vor dem 1. Juli mit 100 zu multiplizieren.

d) Steuerpflichtige, deren Einkommen 1922 hauptsächlich aus Arbeitslohn aus freien Berufen und aus Beträgen auf deutsche Währung lautender, festverzinslicher Werte bestanden hat, haben nicht die erhöhten, sondern nur die im letzten Steuerbescheid festgesetzten einfachen Vorauszahlungen zu entrichten, wenn ihnen nicht ein besonderer Festsetzungsbescheid zugeht.

e) Steuerpflichtige, bei denen der Steuerbescheid, der ihnen im Laufe der nächsten Wochen zugeht, einen Vermerk über die Erhöhung der Vorauszahlungen nicht enthält, werden eine besondere Benachrichtigung erhalten. Anfragen bei den Finanzämtern und Steuerkassen sind daher vorerst zu unterlassen.

Zur Flucht Ehrhardts.

Wer trägt die Schuld an Ehrhardts Flucht?

= **Berlin, 14. Juli.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, die Vorwürfe, die anläßlich der Flucht des Korvettenkapitäns Ehrhardt aus dem Untersuchungsgefängnis gegen die Reichsjustizverwaltung und den Oberreichsanwalt erhoben werden, seien gegenstandslos. Das Untersuchungsgefängnis unterstehe nicht direkt der Reichsjustizverwaltung, sondern der sächsischen Landesverwaltung, die für die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen verantwortlich sei. Ehrhardt konnte ohne Aufsicht im Gefängnis umherlaufen. Der Korridor, von dem aus es Ehrhardt gelang, in den anstoßenden Amtsgerichtshof zu gelangen, wird von dem Untersuchungsgefängnis durch drei Türen abgeschlossen. Die erste dieser Türen war verschlossen, die zweite ist von außen aufgeschlossen worden, und zu der dritten Tür hatte Ehrhardt einen Nachschlüssel. Wie Ehrhardt zu diesem Nachschlüssel gekommen ist, wird der weitere Gang der Untersuchung ergeben. Da das Amtsgericht in einer sehr belebten Straße liegt, war es Ehrhardt ein leichtes, von dort in der Menschenmenge zu verschwinden. Der Vorwurf, daß der Oberreichsanwalt der Verschleppung des Prozesses nicht entgegengewirkt habe, wird als unbegründet zurückgewiesen. Wenn der Prozeß noch nicht zur Verhandlung kommen konnte, so sei das die Schuld der Verteidigung, die die Verzögerung herbeigeführt habe. Der Oberreichsanwalt und die Reichsjustizverwaltung hätten immer auf eine schleunige Ansetzung des Termins gedrängt.

× **Dresden, 14. Juli.** Das sächsische Justizministerium hat von der Flucht Ehrhardts aus dem sächsischen Staatsgefängnis erst aus den Morgenblättern Kenntnis erhalten. Der Justizminister hat sofort den Ministerialdirektor Starke nach Leipzig entsandt. Der Gefangenenanstaltsdirektor ist bis auf weiteres vom Dienst suspendiert.

Die 28. Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer

wurde am 11. Juli d. Js. im Landeshause in Münster unter dem Vorsitz des Präsidenten Frhrn. v. Ledebur abgehalten. Die katastrophale Entwickelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, in erster Linie der rapide Sturz unserer Mark nach dem Scheitern der Stützungsaktion durch die Reichsregierung und in dessen erstem Gefolge das Steigen der Preise für alle Lebensbedürfnisse machten es notwendig, daß auch die Landwirtschaftskammer unserer Provinz Schritte unternahm, um für ihre Ausgaben auch entsprechende Einnahmen zu schaffen. Sie glaubte bereits bei Gelegenheit der 27. Hauptversammlung am 27. Februar d. Js. hier genügend Vorsorge getroffen zu haben, als sie beschloß, 3000 Prozent des Grundsteuerertrages zu erheben und sich Ermächtigung erteilen ließ, gegebenenfalls bis auf 6000 Prozent hinaufzugehen. Daß das für die heutigen Verhältnisse nicht mehr langt, ist leider eine tieftraurige Tatsache, der aber nur durch weitere Hinaufsetzung des Beitrages begegnet werden kann. Außerdem verlangt die Auswirkung der neuerlichen Bestrebungen auf Enteignung land- und forstwirtschaftlichen Grund und Bodens unbedingt eine klar präzisierte Stellungnahme der gesetzlichen Vertretung der Landwirtschaft in unserer Provinz.

Diese beiden Gesichtspunkte waren vor allem maßgebend für die Einberufung der 28. (außerordentlichen) Hauptversammlung, wobei allerdings die Vertreter aus dem besetzten Industriegebiete infolge der Sperre fast sämtlich fehlten.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Freiherr v. Ledebur, bemerkte in seinen einleitenden Worten, daß der Minister es zweimal abgelehnt habe, die Festsetzung der höheren Umlage durch schriftliche Umfrage zu erledigen, worauf der Vertreter des Oberpräsidenten, Geh. Leg.-Rat v. d. Decken mitteilte, daß die Genehmigung nicht habe erteilt werden können, weil dies nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig sei.

Nach Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten trug der Hauptgeschäftsführer der Kammer, Oekonomierat Dr. Gerland, den Standpunkt des Kammervorstandes zu der Erhöhung der Umlage vor. Er wies dabei an der Hand von Zahlen nach, wie sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse seit der letzten Hauptversammlung verschlechtert haben, und teilte dann mit, daß die Schulden der Kammer sich augenblicklich auf 2 533 000 000 Mk. belaufen. Nach sehr eingehender Aussprache habe der Kammervorstand nach gründlicher Prüfung der Lage sich entschlossen, der Hauptversammlung folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

„1. Zur Abbürdung der aufgenommenen Darlehen und Beschaffung der notwendigen Geldmittel zur Deckung der im Rechnungsjahre 1923 noch zu erwartenden laufenden Ausgaben ist eine Nacherhebung von dem 6½ fachen der bisherigen Umlage, also von 26 000 Prozent des Grundsteuerreinertrages auszuschreiben, womit die Kammerumlage im laufenden Rechnungsjahre sich auf 30 000 Prozent des Grundsteuerreinertrages erhöht.

2. Da die künftige Entwicklung des Geldwertes auch jetzt noch nicht vorauszusehen ist, wird der Vorstand der Landwirtschaftskammer ermächtigt, unbeschadet des Genehmigungsrechtes des Herrn Landwirtschaftsministers, noch eine weitere Umlage auszuschreiben, falls dieses sich zur Deckung des laufenden Rechnungsjahres als erforderlich erweisen sollte, um die Zahlungsfähigkeit der Kammer aufrecht zu erhalten."

In der sehr ausgiebigen Aussprache wurde angeregt, die Erhebung der Umlage nach der neuen Grundsteuer zu erwägen. Dagegen wandte sich jedoch u. a. Landesökonomierat Herold, der empfahl, zunächst die Entwicklung abzuwarten und statt dessen den Beitrag zur Hauptpflichtversicherung als Grundlage zu nehmen.

Beide Teile des vorstehenden Antrages, über die getrennt abgestimmt wurde, fanden einstimmige Annahme.

Zu der Stellungnahme der Kammer zu den neuen Bestrebungen auf Enteignung land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes hielt der Steuerdezernent der Kammer, Dr. Schroers, einen erläuternden Vortrag. Er besprach zunächst den sozialdemokratischen Antrag des Reichstagsabgeordneten Müller-Franken auf anderweitige Verteilung und Ausnutzung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens, den er mit Recht als ein weiteres Glied in der Kette der von links her angestrebten Zersplitterung des Grundbesitzes kennzeichnete, auf die die Bodenreformer unter Führung von Damaschke und Erman hinarbeiten. Wenn deren Bestrebungen durchgeführt würden, werde ganz Deutschland zu einer einzigen großen Gartenstadt gemacht. Für die geplante Aufteilung des Grund und Bodens werde nicht nur der Großgrundbesitz, sondern vor allem auch in unserer Provinz der mittlere Grundbesitz in Frage kommen. Damit erziele man aber nur eine Zerschlagung des Grundbesitzes und eine Unterbindung der Volksernährung. Es sei an der Zeit, daß nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der übrigen Bevölkerung die Augen geöffnet werden, damit wir vor der Zerstückelung des Grundbesitzes und ihren schwerwiegenden Folgen bewahrt bleiben. Auch in steuerlicher Hinsicht habe die in Aussicht genommene Maßnahme [illegible] Folgen. Wenn etwa die Grundwertsteuer in gleitender Skala eingeführt werde, wie das in Anhalt geschehen ist, würde das zum Ruin der Landwirtschaft führen. Alle landwirtschaftlichen Organisationen müssen sich daher vereinigen, um für eine gründliche Abwehr gegen die Bestrebungen der Bodenreform einzutreten, und um dies zu erreichen, empfehle er folgende Entschließung zur Annahme:

„Der sozialdemokratische Antrag Müller-Franken im Reichstage betreffend Bodenverteilung und Bodennutzung rollt die vielseitigen Bestrebungen zur Beseitigung des Privateigentums am land- und forstwirtschaftlich genutzten Grund und Boden mit erschreckender Deutlichkeit wieder auf.

Demgegenüber hält es die heutige Hauptsitzung der Landwirtschaftskammer für ihre heiligste Pflicht, die gesamte Landwirtschaft aufzurufen zum Kampfe für die Erhaltung der freien Scholle, da jede Beeinträchtigung des Privateigentums einen unheilvollen Rückschlag auf die Produktion und damit auf unsere Volksernährung ausüben muß.

Der Provinzialverband der landwirtschaftlichen Körperschaften der Provinz Westfalen wird daher zur Beratung und Organisierung der Abwehr dringend aufgefordert, damit alsbald die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die nötige Aufklärung aller beteiligten Kreise über die drohenden Gefahren für das Bodenrecht und damit für die Existenz der Landwirtschaft herbeizuführen."

Die Aussprache, die sich auch an diesen Vortrag anknüpfte, war noch erheblich ausgedehnter, als die zu dem ersten Punkte. Dabei betonte Freiherr v. Kerckerinck-Borg in eingehenden Darlegungen, es sei eine Pflicht der Regierung und eine Pflicht ihrer Neutralität gegenüber der deutschen Landwirtschaft, alles zu verhindern, was nachträglich den Rückgang der deutschen Landwirtschaft bewirke. Mehrere Vertreter der Kötter und Heuerlinge nahmen ebenfalls zu dieser Frage Stellung und bezeichneten dabei mit Recht das Agrar-Programm der V. S. N. D. als ungeeignet; sie forderten deshalb die Landwirtschaftskammer auf, ein die besonderen Verhältnisse unserer Provinz berücksichtigendes Agrar-Programm der Regierung schleunigst vorzulegen, wobei sie eine [illegible] Richtlinien aufstellten, die der Kammer [illegible] aterial übergeben wurden. Hiermit wird [illegible] r Provinzialverband der Landwirtschaftlichen Körperschaften unserer Provinz (Landwirtschaftskammer, Bauernverein und Landbund) näher befassen.

Schließlich wurde die von Dr. Schroers vorgeschlagene Entschließung mit allen gegen drei Stimmen der Kötter und Heuerlinge angenommen.

Danach wurde die 28. Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer geschlossen. —d.

Warmblutschau in Westfalen

Anmeldungen bis 19. Juli 1923.

Der Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Warmblutes veranstaltet auch in diesem Jahre wieder eine Warmblutschau in der Provinz Westfalen. Für die Schau stehen dem Westfälischen Pferdestammbuch zur Verfügung: 1 Sieger-Ehrenpreis des St. Georg, 25 vergoldete und 25 versilberte Plaketten. Die Schau soll in diesem Jahre im Regierungsbezirk Minden stattfinden. Tag und Ort der Veranstaltung wird noch rechtzeitig bekannt gegeben. Nachfolgend die Bedingungen für die Anmeldung der Zuchtstuten: Zu den Prämiierungen sind zugelassen: dreijährige und ältere warmblütige Stuten, die selbst oder bei der Mutter im Westfälischen Pferdestammbuch eingetragen und im Besitz von Mitgliedern des Westfälischen Pferdestammbuches sind, die ihren Wohnsitz im Regierungsbezirk Minden haben. Die Stuten müssen, bis auf dreijährige, gedeckt sein, die älteren, mit Ausnahme der vierjährigen, schon ein Fohlen gebracht haben. Ein Besitzer kann nur einen Preis erhalten, auch wenn er mehrere Stuten vorführt. Die Besitzer der Prämiierung zugelassenen Stuten müssen praktische Landwirte

sein. **Anmeldeschluß: Donnerstag, den 19. Juli 1923, nachmittags 6 Uhr, unter Beifügung der Abstammungsnachweise. Deckscheine, bezw.** der Deck- und Füllenscheine bei der Geschäftsstelle des Westfälischen Pferdestammbuches, Münster i. W., Schorlemerstraße 8. Unvollständige oder verspätet eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Provinzielles.

* **Referendarprüfung.** Vor der Prüfungskommission bei dem Oberlandesgericht Hamm haben folgende Rechtskandidaten der Universität Münster die erste juristische (Referendar-) Prüfung bestanden am 9. d. Mts.: Rudolf Kaufmann aus Gelsenkirchen, Wilh. Niemöller aus Rheine, Heinz Rhode aus Herford, Adalbert Wolff aus Herford, Wilhelm Zeppenfeld aus Bochum, am 13. d. Mts. Fritz Fechner aus Hamm, Bernhard Gottmann aus Münster, Hans Schott aus Barmen, Paul Zahnen aus Essen. Kaufmann, Niemöller, Rohde, Wolff und Fechner erhielten das Prädikat gut. Ein Kandidat hat nicht bestanden.

* **Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post** erfolgt vom 16. Juli ab bis auf weiteres unverändert zum Preise von 550 000 *M* für ein Zwanzigmarkstück, 275 000 *M* für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichs-Silbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

* **Reichswochenindex: 21 511.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 11. Juli auf 21 511 (1913—1914 = 1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (16 180) beträgt somit 32,9 v. H.

* **Westf. Milchpreisausschuß.** Der W. M. A. beschloß in seiner Sitzung am 13. Juli 1923, daß die Milchpreise bis auf weiteres nach den Beschlüssen des Unterausschusses vom 5. 7. 23 also monatlich 4mal errechnet werden. Für die Zeit vom 17.—23. 7. beträgt der Preis ab Stall 3300 Mark, ab Molkereistation 3950 *M*, für süße Magermilch ab Station 1500 *M*.

---

* **Lünen, 14. Juli. Hier verunglückte** gestern ein französischer Kraftwagen, wobei der Chauffeur getötet und ein Insasse schwer verletzt wurden.

* **Heil, 13. Juli. Im Kanal ertrunken** ist der ledige Bergmann Gottlieb Talusat aus Bergkamen. T., der des Schwimmens nicht ganz kundig war, wollte den Kanal an der Brücke bei Sch.-Heil in Heil durchschwimmen. Etwa drei Meter vom anderen Ufer entfernt, verließen ihn die Kräfte und er sank vor den Augen einiger Zeugen, die selbst nicht schwimmen konnten, in die Tiefe. Die Leiche wurde einige Stunden später durch Taucher geborgen.

* **Unna, 18. Juli. Eine Amerikanerin,** Frau Dr. Beck aus Chikago, hat einem hiesigen Herrn einen Scheck über 25 Dollar, ungefähr 5 Millionen Mk., zur Verteilung an Minderbemittelte des Mittelstandes übersandt. Der menschenfreundlichen Spenderin sei auch an dieser Stelle wärmster Dank gesagt! Ferner hat Professor Dr. Middelschulte den Ertrag eines Orgelkonzerts in Höhe von ca. 75 Millionen Mark zum Besten der Ruhrkämpfer gestiftet.

Hamm, den 16. Juli 1923.

* **Unglücksfall.** In der Nacht zum Samstag wurde auf dem hiesigen Bahnhof der 26jährige Hilfspostschaffner B. Eickholt bei Bedienung des Aufzuges eingeklemmt. Er trug dabei solche innere Quetschungen davon, daß man ihn zum St. Marienhospital bringen mußte. In der Nacht zum Sonntag wurde er von seinen Qualen durch den Tod erlöst.

* **Münster, 14. Juli. Landesökonomierat Herold,** der Vorsitzende der Westfälischen Zentrumspartei, kann am 20. d. Mts. seinen 75. Geburtstag feiern. Die Westfälische Zentrumspartei wird diesen Tag durch eine Zusammenkunft der Mitglieder des Vorstandes der Westfälischen Zentrumspartei in Münster begehen. Bei dieser Gelegenheit soll auch des letzten Parlamentsjubiläums gedacht werden. Der Abg. Herold gehörte am 15. Juni 25 Jahre dem Deutschen Reichstage an. Seit 34 Jahren ist er Mitglied des Preußischen Landtages.

* **Münster, 14. Juli. Oekonomierat Quabeck,** der leitende Direktor der Ländlichen Zentralkasse und stellvertretende Direktor des Verbandes ländlicher Genossenschaften, feiert am heutigen Samstag seinen 60. Geburtstag. Schon seit mehr denn 34 Jahren im Dienste des ländlichen Genossenschaftswesens tätig, hat das ländliche Genossenschaftswesen unserer Heimatprovinz unter seiner Führung eine hervorragende Entwickelung genommen, so daß der Verband ländlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen heute annähernd 1200 angeschlossene Genossenschaften zählt. Quabeck gilt auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen als eine hervorragende Autorität auf dem Gebiete des ländlichen Genossenschaftswesens.

* **Cronau, 13. Juli. Mit welchen Mitteln französische Spitzel** arbeiten, zeigt folgendes Beispiel: Im Besitze eines solchen Spitzels, der auf deutschem Boden glücklich verhaftet wurde, fand sich ein einer 500-Mark-Reichsnote genau nachgebildeter Schein mit folgendem Text:

> Wer ehrlich und redlich für eine Verständigung eintritt, oder den Bildsinn der Widersinnspolitik erkennt, wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.
>
> **Reichsbanknot**
>
> **Fünfhundert Mal**
>
> hat die Regierungsfippschaft in Berlin gegen die Staatsmoral verstoßen.
>
> Vom 11. Januar 1923 ab ist deshalb das Ruhrgebiet gefährdet und wird nur unter Umtausch gegen andere vollgültige Zahlungsmittel wieder freigegeben werden.
>
> Ruhrland, den 1. April 1923.
>
> **Vollstreckungsdirektorium:**
>
> Cuno v. Dalles, Mecker, Stinkes v. Pleite, Dudendorf, Strebemann, Burg v. Bohlen.

* **Lippstadt, 14. Juli. Eine brave Tat.** Die beiden Sekundaner H. O. und C. O. retteten beim Baden in der Lippe ein Mädchen, das hilflos stromabwärts trieb und schon fast das Bewußtsein verloren hatte.

* **Rüthen, 14. Juli. Ueberfahren und sofort getötet** wurde Mittwoch nachmittag das 1½jähr. Söhnchen des Steinhauers Cornelius Gerhard. Dem Fuhrmann soll aber keine Schuld zuzumessen sein.

* **Rüthen, 14. Juli. Mittwoch nachmittag, als** die 10jährige Tochter des Kettenschmiedes Karl Betten mit einem Rade an der Graweschen Mühle vorbeifuhr, sprang plötzlich ein großer Hund aus der Mühle und riß das Mädchen vom Rad. Aus vielen Wunden stark blutend, mußte das Mädchen nach Hause gebracht werden. — Dem Bauschreinerlehrling Theodor Henneböhl drang beim Abschlagen alter Nägel ein Stückchen Eisen in das rechte Auge und verletzte es so stark, daß sich der Junge sofort nach Münster in die Augenklinik begeben mußte.

* **Bielefeld, 14. Juli.** Aus Basel meldet der Draht: Am Sonntag fanden Touristen im Kastelbachtal die Leiche eines jungen Mannes. Die Untersuchung ergab einen Schädelbruch, einen Kieferbruch und verschiedene Oberschenkelbrüche. Der Tod dürfte vor längerer Zeit eingetreten sein. Die Gerichtsbehörden stellten fest, daß es sich bei dem Verunglückten um einen Dr. Neeler aus Bielefeld handelt, der in deutschem Auftrag die Juraformationen zu studieren hatte, und benachrichtigten die Angehörigen des Verunglückten telegraphisch.

* **Holzminden, 13. Juli.** Die Behörde in Holzminden ist einer großen Brotmarkenfälschung auf die Spur gekommen. Schon längere Zeit war verschiedenen Bäckern aufgefallen, daß bestimmte Kreise ihrer Abnehmer mehr Brotmarken ablieferten, als ihnen zustanden. Nachforschungen haben nun ergeben, daß allein in vergangener Woche den hiesigen Bäckern nicht weniger als 130 Sack Mehl über den Bedarf auf abgelieferte Brotmarken überwiesen werden mußten. Damit war der Beweis erbracht, daß rund 10 000 Brotmarken widerrechtlich in Umlauf gesetzt worden waren, was zur Folge hatte, daß sofort die laufenden Brotmarken für ungültig erklärt wurden.

* **Neheim, 16. Juli. Was ist ein Tausendmarkschein?** Eine übersichtliche Darstellung der abnehmenden Kaufkraft unserer Mark ist folgende Berechnung des Tausendmarkscheins in Goldpfennigen. Der Tausendmarkschein hatte Wert:

1914:	Juli	100 000	Goldpfennige
1922:	Januar	2 199	„
„	Juni	1 333	„
„	Dezember	55	„
1923:	Ende Januar	10	„
„	Ende Februar	18,5	„
„	Ende März	20	„
„	24. April	13,8	„
„	20. Juni	3,2	„

In Wirklichkeit ist ja die Kaufkraft der Mark noch erheblich größer auf dem inneren Mark in Deutschland. Und der Dollarkurs der Berliner Börse zeigt durchaus nicht dasselbe Bild wie der Markkurs der Newyorker Börse z. B. Es zeigt sich, auch beim Einkauf, daß die Mark doch noch mehr Wert hat, wie es diese Berechnung erscheinen läßt. Man darf nicht ohne weiteres aus dem Börsenwert der Mark auf ihre Kaufkraft, auf ihren wirklichen Tauschwert schließen.

+ **Schmallenberg, 14. Juli. Waldbrand.** Am gestrigen Nachmittag läutete zum erstenmal unsere neue Feuerglocke und verkündete, daß im benachbarten Fleckenberg ein fürchterlicher Waldbrand entstanden sei. Ueber 100 Morgen Waldbestände fielen dem Feuer zum Opfer. Die verbrannten Parzellen gehören verschiedenen Landwirten. Wiederum: Vorsicht im Umgange mit Feuer bei großer Hitze! Gräßlich ist es, daß auch dieses verheerende Element ein Menschenleben forderte. Herr Schuhmachermeister Schäfers wurde als Leiche von der Brandstätte fortgetragen. Er war 64 Jahre alt.

* **Schwerte, 15. Juli. Die Typhuskrankheit** hat weitere Ausbreitung angenommen. Sie wird auf den Genuß von ungekochtem Wasser und ungekochter Milch zurückgeführt. Die Krankenhäuser sind überfüllt.

* **Hagen, 15. Juli. Ein Waldbrand** vernichtete 30 Morgen Tannenbestand des Landwirts Schulte an der Selbecke.

* **Dortmund, 14. Juli. Beim Baden** ist gestern abend im Kanal neben dem Hardenberg-Hafen der 25 Jahre alte Dreher Heinrich Grunwald, Schlosserstraße 36, ertrunken. Als er den Kanal beinahe durchschwommen hatte, versagten plötzlich seine Kräfte. Gegen 8 Uhr konnte die Leiche geborgen werden.

* **Buer, 14. Juli. Bei der Anbringung der Ersatzglocken** in der Michaeliskirche in Buer-Erle riß das Seil. Zwei Glocken stürzten ab und wurden vollständig zertrümmert.

Gewerbesteuer und Geldentwertung.

Von Bahle, Werne.

Die Erfahrung lehrt, daß in den Kreisen der Interessenten das neue preußische Gewerbesteuernotgesetz vom 18. 4. 23 noch wenig bekannt und beachtet ist, obwohl es bedeutsame Neuerungen bringt. Es zeichnet sich durch seine Kürze aus, bringt aber wichtige Aenderungen gegen früher.

Zunächst ist die bisherige Einteilung der Steuerpflichtigen in 4 Klassen fortgefallen, die ja durch die fortschreitende Geldentwertung auch ihren Sinn verloren hat. Es sieht vor, daß Gewerbetreibende, die weder einen Ertrag von 150 000 *M*, noch ein Betriebskapital bis 3 000 000 *M* aufweisen, von der Gewerbesteuer befreit sind. Die unaufhaltsam fortschreitende Geldentwertung läßt diese Zahlen heute bedeutungslos erscheinen, es ist aber zu beachten, daß es nur ein vorübergehendes Notgesetz ist, dem eine andere Regelung bald folgen muß. In Erwartung dieses endgültigen Gesetzes hat die Stadtverwaltung bisher auch gezögert, die durchaus nicht mehr zeitgemäße kommunale Steuerordnung v. 1913 abzuändern oder durch eine autonome zu ersetzen. Jedoch werden die Schattenseiten dieser durch die Zeitverhältnisse überholten Steuerordnung bei der demnächstigen Realsteuer-Umlage wohl zu beachten sein, um eine gerechte Verteilung der städtischen Steuerlast herbeizuführen. Um den häufigen Klagen über die des öfteren durch Sachkenntnis keineswegs getrübten Einschätzungen der Gewerbesteuerausschüsse in Münster und Lüdinghausen, die nunmehr sämtlich in Lüdinghausen vorgenommen werden, zu begegnen, muß es Ziel sein, eine selbständige städtische Steuerordnung zu schaffen. Auch diese wird nicht alle Beschwerden verstummen lassen, aber immerhin doch bedeutend bessere Gewähr bieten, daß die Steuerlasten durch eine die örtlichen und persönlichen Verhältnisse besser zu beurteilende hiesige Kommission gerechter unter den Steuerpflichtigen verteilt wird. Und gerade auf die gerechte Verteilung muß das Schwergewicht gelegt werden. Augenblicklich aber ist alles Drängen auf die neu zu schaffende Steuerordnung noch verfrüht und es bleibt den zu hoch eingeschätzten Steuerpflichtigen nur der Weg des Einspruchs offen, der aber auch stets rechtzeitig erfolgen muß, weil er sonst zwecklos ist.

Wenn heute ein Teil der Gewerbetreibenden mit den von der Stadtverwaltung kürzlich erbetenen Vorschußzahlungen für 1922 in Höhe des zehnfachen aus 1921 nicht recht zufrieden ist, so sei daran erinnert, daß die Stadtverordneten, denen die Vertretung der Gewerbetreibenden besonders obliegt, dem bewußt zugestimmt haben aus der Erwägung heraus, daß die für den städtischen Haushalt unbedingt nötigen Gelder geschafft werden müssen. Geschieht das nicht durch rechtzeitige Steuerzahlung, so müssen Anleihen aufgenommen werden, die heute große Zinssummen erfordern, und diese Zinsen sind dann ein Mehr, das noch dazu aufgebracht werden muß.

Wer aber unablässig auf die neu zu schaffende selbständige Steuerordnung drängt, denke aber auch daran, daß nach einem alten Sprichwort der Spatz in der Hand besser ist, als eine Taube auf dem Dach und besonders, wenn der Spatz (in diesem Falle die Vorteile der alten Steuerordnung) noch eine ganz ansehnliche Größe hat. Bei allzustürmischer Reform könnten leicht die großen Vorteile der Eingemeindung auf steuerlichem Gebiet, wie ich sie wiederholt mündlich dargelegt habe, in Gefahr geraten.

Zurück zum preußischen Gewerbesteuernotgesetz!

Es erklärt die Bewertungsvorschriften des Einkommensteuergesetzes nach Maßgabe des sogenannten Geldentwertungsgesetzes für anwendbar. Es erfordert viel Muße und Fachkenntnis für den Steuerpflichtigen, die richtige Bewertungsart (nach Anschaffungs- oder Durchschnittswerten mit all ihren besonderen Bestimmungen) zu wählen, denn die eine schließt die andere aus. Darum sei darauf hingewiesen, daß nach einem neueren Erlaß des Reichsfinanzministers zur Vereinfachung des Verfahrens den Finanzämtern Anweisung gegeben ist, an Stelle der Drittelung eine Bewertung mit 17 Prozent des Marktpreises vom 31. 12. 22 einzusetzen.

Für das Anlagekapital (Grundstücke des Betriebes, Werkstätten, Maschinen und Werkstatteinrichtung) gibt folgendes:

Bisher richteten sich Abschreibungen für Abnutzung nur nach dem alten Anschaffungswert und der Dauer des Gebrauches (100 : durch Anzahl der Jahre der Gebrauchsdauer ergab den Prozentsatz der Abschreibung!)

Beispiel: eine Maschine hatte 500 000 *M* gekostet und ist erfahrungsgemäß in 12 Jahren aufgebraucht. Prozent von 100! darum 100 : 12 = 8⅓ also 8⅓ Abschreibung 8⅓ von 500 000 *M* = 41 666 Mark jährliche Abschreibung. In 12 Jahren ist die Maschine buchmäßig abgeschrieben.)

Nunmehr wird grundsätzlich auf die Wiederbeschaffungskosten Rücksicht genommen, wie sie durch die Geldentwertung bedingt sind. Es können Abschreibungen auf Anlagewert in gewissem Umfang in Papiermark geschehen. Der Wert der Abnutzung richtet sich nach dem Zeitpunkt der Anschaffung. Die Gegenstände, die vor dem 1. 1. 17 beschafft sind, werden mit dem Eintausendfachen vervielfältigt, desgleichen solche, die nach dem 31. 12. 16 aber vor dem 1. 1. 20 beschafft sind, mit dem 500fachen, wenn sie nach dem 31. 12. 19 aber vor Beginn des der Veranlagung zu Grunde liegenden Wirtschaftsjahres beschafft sind mit dem 80fachen. Der Betrag, der sich auf diese Weise errechnet, kann von dem Gewinn des Geschäftsjahres, das der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 zu Grunde gelegt wird, gekürzt werden. Diese abziehbaren Beträge sind aber nicht vollständig steuerfrei, sondern ein Zehntel dieser Beträge wird der Steuer hinzugerechnet.

Selbstverständlich haben diese Ausführungen nur Wert für diejenigen Handwerker und sonstigen Gewerbetreibenden, die ein geordnete Buchführung haben, deren Notwendigkeit aber immer mehr eingesehen wird, wie die wachsende Zahl, der dem Buchungsamt des Innungsausschusses angeschlossenen Interessenten beweist.

Vermischtes.

Millionenspenden für deutsche Kriegerwaisen. Bei der Fünfzigjahrfeier des Deutschen Kriegerbundes in Goslar stellte der Schatzmeister der Deutschen Kriegerwohlfahrtsgemeinschaft eine stets wachsende Opferwilligkeit für die Kriegerwaisen fest. Während der Tagung selbst sind rund 16 Millionen Mark aufgebracht. Ein einziger Sammler brachte am ersten Jubelabend 13 Millionen zusammen, worunter sich allerdings 10 Millionen befinden, die ein deutschfreundlicher Ausländer stiftete. Der Kreiskriegerverband Oschersleben überreichte 4 Millionen. Weiter wurden gespendet vom Vorsitzenden des Kriegerverbandes Magdeburg 10 Millionen, vom Vorsitzenden des Kreiskriegerverbandes Warburg i. Westf. 300 000 Mark, andere Verbände stifteten ebenfalls große Summen und gaben damit Beweise einer wahrhaft echten vaterländischen Gesinnung.

Neue Preise für Stickstoffdüngemittel. Für alle vom 10. Juli. d. Js. an bis auf weiteres zur Absendung gelangenden Mengen Stickstoffdüngemittel gelten folgende Preise für 1 Kgr. Stickstoff: Schwefelsaures Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen 52 400 *M*, gedarrt und gemahlen 52 900 Mk., salzsaures Ammoniak 52 400 Mark, Leunasalpeter, Ammonsulfatsalpeter 52 400 Mark, Kaliammonsalpeter 52 400 Mk., Natrosalpeter 62 900 Mk., Kalkstickstoff 46 800 Mk.

Vertilgung der Wühlmäuse. Die Wühlmäuse gehören zu den gefährlichsten Gartenschädlingen. Sie benagen die Wurzeln der jungen Obstbäume, daß viele davon eingehen, und beißen die Wurzeln der Gemüsepflanzen glatt durch. Als ein vorzügliches Mittel haben sich die Sokialkuchen der Firma Beyer u. Ko. in Leverkusen bewährt. Man öffnet vorsichtig die Laufröhren der Wühlmaus, legt den Sokialkuchen hinein und verschließt sie wieder. Von besonderem Vorteil ist es, daß die Sokialkuchen Menschen und Haustieren nicht gefährlich werden.

Eßt kein frisches Brot. „Warum denn nicht, frisch schmeckt es am besten!" Ganz richtig, aber es bekommt auch am schlechtesten, weil es sehr schlecht zu verdauen ist. Altbackenes Brot wird beim Kauen leicht zerkleinert. Frisches wird nur zusammengeknetet zu harten Klumpen, die, von Speichel überzogen, allerdings sehr leicht durch die Speiseröhre gleiten, im Magen aber wie schwere Tonklöße oder harte Seife liegen. Der Magensaft vermag die zähen, außen glatten Klumpen nicht zu durchdringen, so daß das ungemein schwer lösliche Brot im Magen liegen bleibt und auf dessen Nerven einen nachteiligen Reiz ausübt. Dadurch wird u. a. der Blutlauf gehemmt; es treten, außer Magendrücken, Appetitlosigkeit usw., Blutandrang gegen den Kopf, Kopfschmerzen, Krämpfe, ja selbst Schlaganfälle ein. In gar nicht seltenen Fällen ist durch den Genuß von frischem Brote, gar bei sehr hungrigen Menschen, der Tod erfolgt. Die Gefahr ist beim Schwarzbrot noch größer als beim Weißbrot, weil jenes an und für sich schwerer verdaulich ist. Bei unserer Armee galt früher der Befehl, das Brot nicht früher als 24 Stunden nach der Backung an die Truppen auszugeben. Machen wir das ruhig auch heute noch so. Es gründet sich auf weise Gesundheitsregeln. Gesund will aber der Mensch vor allem sein.

Verblümt. Herr: „Die abgelegte Hose scheint Ihnen nicht gut genug zu sein?" — Bettler: „Doch, doch — Sie hätten sie nur einige Jahre früher ablegen müssen!"

Handelsnachrichten.

Berlin, 14. Juli. Börsenruhetag. Wie sich aus dem Verkehr der Banken untereinander ergibt, hat die Nachfrage nach Effekten erneut zugenommen.

Dreimal Devisennotierungen in der Woche. Der Berliner Börsenvorstand hat am Samstag beschlossen, am Samstag keine Devisen- und auch keine Notenfeststellungen vorzunehmen. Der Beschluß ist erst nach längeren Beratungen zustandegekommen, wobei man sich zu dem ursprünglichen Antrage, auch künftighin nur noch an drei Tagen in jeder Woche Devisenfeststellungen zu machen, nicht schlüssig werden konnte. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß ein endgültiger Beschluß erst Anfang dieser Woche gefaßt werden wird. Zu dem Antrage der Banken, die auf eine Devisenfeststellung nur an jedem zweiten Börsentage drängen, sind bereits verschiedene Proteste, namentlich seitens des Imports, eingegangen, die darauf verweisen, daß neben den Repartierungen eine weitere Einschränkung des Devisenverkehrs einer fast völligen Unterbindung des gesamten Importes gleichkommen müßte. Aus Danzig im Laufe des vormittags hier eingetroffene Meldungen besagen, daß dort der Dollar mit etwa 260 000 bewertet wird.

Zürich, 14. Juli. Ueber Zürich errechnet sich der Dollar heute auf 241 000 und das englische Pfund auf 1 110 000 Mark.

Die Mark an der Newyorker Börse.

Markparität: 1 Dollar = 222,222.

Elitewerke A.-G. in Brand-Erbisdorf. Die Verwaltung beantragte in der außerordentlichen Hauptversammlung neben verschiedenen Satzungsänderungen auch die Abtrennung der Roßener Abteilung in eine eigne A.-G. Die Hauptversammlung stimmte dem zu und beschloß die Festsetzung des Grundkapitals der neuen Gesellschaft auf 75 Mill Mark und die Abänderung der Firma der neuen Gesellschaft in Maschinenfabrik Elite A.-G. in Roßen.

× **Verhaftung wegen Devisenvergehens. Berlin, 14. Juli.** Gestern ist auf dem Wege von Oberhof nach Berlin in Erfurt der Generaldirektor der deutschen Evaporatorgesellschaft Paul Litwin verhaftet worden. Es werden ihm Verstöße gegen die Devisenverordnungen zur Last gelegt.

Dortmund, 12. Juli. Getreidebörse. Notierungen der Großhandelspreise in 1000 *M*: Inl. Weizen 700, inl. Roggen 600, inl. Hafer 580—600, ausl. Hafer 575—600, inl. Gerste 600—620, ausl. Gerste 580—600, Mischmais 600, runder Mais 650—700, Bäckermehl 2 100 bis 2 200, Weizenmehl 2000—2100, Roggenmehl 1500 bis 1600 Weizenkleie 320—350, Roggen- und Weizenstroh, gebündelt, 60—65, Wiesenheu, gut, gesund, trocken 75, Wiesenheu, gesund, trocken 65, Kleeheu, gut, gesund 90, Luzernenheu 100. Die Preise sind nominell und verstehen sich für 50 Kg., Mehl für 100 Kg., waggonfrei Dortmund, in Ladungen von 10—15 000 Kg.

Berliner Viehmarkt, 14. Juli. (Amtl. Bericht.) Auftrieb: 1735 Rinder, darunter 388 Bullen, 283 Ochsen, 1064 Kühe und Färsen, 1213 Kälber, 6040 Schafe, 3701 Schweine, 46 Ziegen. Preise für 1 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen vollfl. ausgemäst. 23—24 000, dto. Weidemast —, dto. im Alter von 4—7 Jahren 19—21 000 *M*, junge, fleischige, nicht ausgemästete 18—19 000 *M*, mäßig genährte jüng., gut genährte ältere 12—15 000 *M*. Bullen: vollfleischige, ausgewachsene 22—24 000 *M*, jüngere 19—20 000 *M*, mäßig genährte jüng., gut genährte ält. 16—18 000 *M*. Färsen: vollfleischige ausgemästete 20- bis 24 000 *M*. Kühe: vollfleischige ausgemästete bis 7 Jahre 20—24 000 *M*, ältere ausgemästete Kühe 17- bis 18 000 *M*, mäßig genährte Kühe und Färsen 14—15 000, gering genährte Kühe und Färsen 11—13 000, gering genährtes Jungvieh 15—17 000 *M*. Kälber: Doppellender, feinster Mast 000, feinste Masthälber 28—30 000, mittlere Mast- und beste Saughälber 22—25 000, geringere Mast- und gute Saughälber 16—18 000, geringe Saughälber 12—15 000 *M*. Schafe: Stallmastlämmer, junge Hammel 20—23 000, Hammel, geringere Lämmer 15- bis 18 000, mäßig genährte Hammel und Schafe 12—14 000, Weidemastschafe, Mastlämmer 000, geringere Lämmer und Schafe 000. Schweine: fett über 3 Ztr. Lebendgewicht 000, vollfleischige, 240—300 Pfund 33 000, 200 bis 210 Pfund 33 000, 160—200 Pfund 30 000, 120—160 Pfd. 29—30 000, unter 120 Pfd. 28 000, Sauen 30—32 000 *M*. Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schweinen ruhig. Es bleibt Ueberstand. In Schweinen glatt. Rinder um 1000—2000 *M*, Kälber um 5000—10 000 *M*, Schafe um 1000—2000 *M*, für 1 Pfd. Lebendgewicht billiger, Schweine um 10—11 000 *M* teurer. Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Gewichtsverlust, Frachtrisiko, Marktspesen und zulässigem Handelsgewinn. Der Stallpreis beträgt rund 20 Prozent unter den hier angegebenen Preisen.

Berlin, 13. Juli. (Amtlicher Bericht.) Auftrieb zum Magerviehmarkt Friedrichsfelde: 810 Rindvieh, (666 Milchkühe, 43 Zugochsen, 30 Bullen, 71 Jungvieh, 82 Kälber, 219 Pferde. Handel infolge der hohen Forderungen langsam, aber fest, bei Pferden lebhaft, Preise höher. Es wurden gezahlt für Milchkühe und hochtragende Kühe: 1. 16—25 Mill., 2. 13—16 Mill., 3. 11—13 Mill. Mark; tragende Färsen 1. 13—20 Mill., 2. 11—13 Mill. *M*; Zugochsen im Zentner Lebendgewicht 2—2,5 Mill., Jungvieh zur Mast, Bullen, Stiere, Färsen je 1 Zentner Lebendgewicht 1—2 Mill. Mark. Pferde 1. Kl. 24—30 Mill., 2 Kl. 19—23 Mill., 3. Kl. 13—18 Mill. *M*.

Häute, Felle, Leder. Frankfurt, 13. Juli. Auf der gestrigen Häuteaktion stiegen die Preise um 200 bis 300 Prozent höher als im Vormonat und haben damit den Weltmarktpreis überschritten. Zu dieser außerordentlich starken Preiserhöhung trug der Umstand bei, daß durch die zurückgegangenen Schlachtungen das Angebot an deutschen Häutemärkten verringert, und daß die Einfuhr ausländischer Rohwaren infolge der Devisenschwierigkeiten am Devisenmarkt fast unmöglich gemacht worden ist.

Vom Berliner Fettwarenmarkt. 14. Juli. Butter: Die günstige Witterung ließ die sonst um diese Jahreszeit eintretende Abnahme der Produktion noch nicht so sehr in Erscheinung treten, doch ist der Konsum bei dem Fehlen der Ersatzfette äußerst rege und nimmt die Umgänge restlos auch zu erhöhten Preisen auf. Die Notierung wurde um 4000 *M* erhöht. 1. Qualität 40 000 *M*. Margarine: Die letzten Preise waren 32 600 *M* bis 44 950 *M* pro Pfund, je nach Qualität, doch ist zu diesen Preisen keine Ware abzusetzen. — Schmalz: Die Nachfrage des Konsums ist stürmisch. Die amerikanischen Märkte zeigten in der zweiten Hälfte der Berichtswoche nach leichtem Anziehen wieder zur Schwäche. Preise nominell. — Speck: drängende Nachfrage, der kein Angebot gegenübersteht. Preise nominell.

Vom Berliner Produktenmarkt. Berlin, 14. Juli. Im Handel mit Inlandserzeugnissen ist die Tendenz wieder außerordentlich fest geworden. Da sich die Mark im Auslande weiter verschlechtert hat, ist das den Warenbesitzern Veranlassung, mit Offerten bei gleichzeitiger scharfer Erhöhung der Forderungen außerordentlich zurückzuhalten. Größerer Geschäftsschluß bestand nicht. Die Umsätze hielten sich für alle Artikel in engen Grenzen bei überwiegend höheren Notierungen. Das Andauern der ungewöhnlichen Hitze verursachte nur einen geringen Besuch der Börse.

Die amtlich notierten Preise (in tausend Mark) waren pro 100 Kg. ab Station: Weizen märkischer 1240—1280, Roggen märkischer 940—980, Sommergerste 1060—1120, Hafer märkischer 1040—1080, Weizenmehl 1700—2000, Roggenmehl 1500—1700, Weizenkleie 620—650, Roggenkleie 620—660, Viktoriaerbsen 1700—1900, Speiseerbsen 1400—1600, Futtererbsen 1000—1200, Ackerbohnen 960 bis 1000, Wicken 1000—1100, Lupinen blaue 800—900, gelbe 1000—1100, Rapskuchen 750—800, Trockenschnitzel 420—440, Zuckerschnitzel 560—620, Torfmelasse 400—428, Kartoffelflocken 850—880. — Rauhfutter. (Nicht amtlich.) Großhandelspreise (in tausend Mark) pro 50 Kg. ab Station: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 67—70, Haferstroh 54—56, Weizen- und Roggenlangstroh 57—60, gebündeltes Roggenlangstroh 60—63, Heu, gutes, alter Ernte 46—50 dito neuer Ernte 43—46, Heu, handelsüblich, alter Ernte 37—42, dito neuer Ernte 36—38.

Ueberall

HADOKA

Zigarren!

Drum woll'n wir treu ergeben sein des Rauchens edler Kunst.

Wer probt — der lobt HADOKA

Gesetzl. gesch. **Qualitäts-Zigarre** wieder im Verkehr

Schreib- und Rechenmaschinen

repariert und reinigt in eigener Werkstatt unter fachmännischer Leitung

Heinr. Rüter, Hamm

Fernspr. 1007. Gr. Weststr. 31. 1786

Hühneraugen



werden Sie sicher los durch 1421

Hühneraugen Lebewohl

Hornhaut a. d. Fußsohle beseitigen Lebewohl-Ballen-Scheiben. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. In Drogerien u. Apotheken **Heinr. Jacobi, Kamen und Bergkamen.**

Holl. Käse

St. 10—18 Pfd., per Pfund 18000 Mk. **Tilsiter** St. ca. 8 Pfd., Pfd. 18000 Mk. **rote Brotformkäse** St. viereinhalb Pfd. 2 Stück 1 Postkolli, Pfund 14000 Mk. 9 Pfund Margarine, Holst. Pracht, sehr schöne Ware. Nicht gefallendes nehme 2 Tage nach Empfang, auch angeschnitten, retour. Versand per Nachnahme. Preise sind Franco ohne weitere Unkosten. Bei Preisänderungen tritt billigster Tagespreis in Kraft. 2166

Otto Behnke, Eutin (Holst.) Gegr. 1631.



Statt besonderer Anzeige!

Nach Gottes Ratschluss entschlief sanft heute morgen 5 Uhr mein treuer, lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Lehrer i. R.

Karl Nitsch

im Alter von 74 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Familie Nitsch.

Weddinghofen, den 15. Juli 1923.

Die Beerdigung findet auf dem Friedhof in Neil am Mittwoch, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause aus statt. 2182

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Töchterchens

zeigen hocherfreut an

Gustav Kemper u. Frau
Hedwig geb. Henter.

Bergkamen, den 13. Juli 1923. 2176

Oberaden.

Morgen **Dienstag** von 2 bis 4 Uhr nachmittags in der Schule „Burg" 2179

Mutterberatung.

Ein gebrauchtes

Fahrrad

zu verkaufen. 2175

Obererschleppweg 42.

Gehilfin

für sofort gesucht. 2177

Meta Reinberg
Damenmoden, Rottstr. 6.

Gustav Menne
KAMEN, Weststraße 79.

Spezial-Geschäft

für elektrische Licht- und Kraftanlagen, Alarm-Einrichtungen und Haustelephone, Gute Ausführung. — Ia. Material. — Beste Referenzen.

Stets grosses Lager in Beleuchtungskörpern aller Art von den einfachsten bis zu den besten Ausführungen.

Auf Teilzahlung

Herren- und Burschen-Anzüge
Covercoats, Schlüpfer
Regen-Mäntel
Cutaways und Hosen
Knaben-Anzüge
Damen-Mäntel
Kostüme, Kleider
Kostümröcke
Woll- und Seidenjumper
Waschkleider
Waschblusen
Kinder-Kleider

Angezahlte Waren werden 6 Wochen zurückgehängt

Kleiderstoffe
Waschstoffe
Gardinen
Bettzeuge
Hemdentuche
Nessel
Handtuchgebild
Schürzenstoffe

Max Mischkowski

4176 Dortmund, Steinstr. 60 1236
Ausgang Hauptbahnhof (Nordseite).

Bequeme Abzahlungen

Grosse Auswahl



empfiehlt

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kamen.

Gemäß Verfügung des Herrn Reichsarbeitsministers über den Grundlohn in der Krankenversicherung vom 22. Juni 1923 hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 13. Juli ds. Js. beschlossen, mit Wirkung ab 16. Juli 1923 den Höchstgrundlohn für die Kassenmitglieder auf 53300 Mk. festzusetzen.

Uebersichten über die Höhe der Beiträge und Leistungen können im Kassenlokal in Empfang genommen werden. 2178

Der Vorstand.
W. Gockel, Vorsitzender.

Erfahrenes

Mädchen

in Küche und Hausarbeit für kleinen Haushalt gegen hohes Gehalt gesucht. 2181

Näheres in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Auf sofort ein 2180

Mädchen

für alle Hausarbeiten gesucht.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich in der

Kamener Zeitung.

1

steht fest: die Kamener Zeitung ist das beste Insertionsorgan für Kamen und alle umliegenden Gemeinden, weil die Kamener Zeitung in allen Kreisen und Schichten viel gelesen wird. Die Vereine benutzen die Kamener Zeitung für ihre Veranstaltungen, weil die Anzeigen stets volle Häuser bringen und die Insertionskosten dadurch — mehrfach gedeckt werden. —

Leiden Sie?

In 5 Minuten

sind Sie erlöst von den quälendsten Kopfweh- u. Neuralgieschmerzen bei Gebrauch von **GERMOSAN**-Kapseln (ges. gesch.) — nach ärztlichem Urteil ein glänzendes Mittel der Gegenwart. Der geradezu frappante Erfolg soll auf der einzigartigen Verbindung Ihrer Bestandteile beruhen (Amidphenaz., Phenaz. sal., Chin., Coff.), denn eine einzige Kapsel bringt auch in schwierigsten Fällen unbedingt sicheren Erfolg. Machen Sie einen Versuch! Erhältlich in allen Apotheken (Fabrik Germosanwerk München 50). 2.96

an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw. dann gebrauchen Sie **Dr. Terrahe's Heilseife.** Erfolg überraschend. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.

Beste Kapitalanlage!

Aktien eines hannoverschen Steinkohlenbergwerks gebe noch zu 195000 Mk. d. Stück ab. Abgabe v. 2 Stck. an.

P. W. Äymanns, Haltern i. Wstf.

Rückporto ist beizufügen. 2029

Borkum Nordseebad
Hauptkurzeit 1./6. — 30./9.

Familienbad, Licht- und Luftbad, warme und kalte Seebäder, Wandelhalle. 2136

Jede weitere Auskunft gibt der „Borkumer Wohnungs-Anzeiger" mit Inselplan und Pensions- und Wohnungspreisen. Preis 200 Mk. Postscheck-Kto: Hannover 8870 (W. Specht-Borkum)

Drucksachen jeder Art

zu Geschäfts-, Privat- und Vereinszwecken

in feiner und moderner Ausführung werden aufs sorgfältigste hergestellt in der

Druckerei der Kamener Zeitung.